**Nach Ansicht der EU-Bürger waren zwischen 2010 und 2014 wirtschaftliche Probleme die wichtigsten, denen die EU zum damaligen Zeitpunkt gegenüberstand. Seit dem Frühjahr 2015 wurden jedoch durchgehend die Themen Einwanderung und Terrorismus als wichtigste Probleme genannt. Im Frühjahr 2018 folgten auf** '**Einwanderung**' **(38 Prozent) und** '**Terrorismus**' **(29 Prozent) drei Wirtschaftsthemen (18 bis 14 Prozent) sowie der** '**Einfluss der EU in der Welt**' **und der** '**Klimawandel**' **(11 Prozent). Im Frühjahr 2018 waren 85 Prozent der Befragten der Ansicht, dass zusätzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der irregulären Einwanderung von Menschen von außerhalb der EU ergriffen werden sollten. Und 68 Prozent der EU-Bürger befürworteten eine gemeinsame europäische Einwanderungspolitik. Entgegen der hohen Bedeutung, die der Einwanderung und dem Terrorismus auf EU-Ebene beigemessen wird, sind die Befragten persönlich kaum von den beiden Themen betroffen (Frühjahr 2018: 6 und 3 Prozent).**

Fakten

Bei der Frage, welches die wichtigsten Probleme sind, denen die EU gegenübersteht, dominierten bei den Antworten bei den Eurobarometer-Umfragen zwischen 2010 und 2014 wirtschaftliche Themen ('wirtschaftliche Lage', 'die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten' und 'Arbeitslosigkeit'). Mit einer Ausnahme wurde jedoch seit dem Frühjahr 2015 das Thema Einwanderung als wichtigstes Problem von den Befragten genannt. An zweiter Stelle steht seit Herbst 2015 das Thema Terrorismus – einmal, im Frühjahr 2017, stand Terrorismus vor Einwanderung (44 gegenüber 38 Prozent).

Im Frühjahr 2018 zählten 38 Prozent der befragten EU-Bürger 'Einwanderung' zu den beiden wichtigsten Problemen, denen die EU derzeit gegenübersteht (der Spitzenwert wurde bei diesem Thema mit 58 Prozent im Herbst 2015 erreicht). An zweiter Stelle stand im Frühjahr 2018 'Terrorismus' mit 29 Prozent. Mit deutlichem Abstand folgten drei Wirtschaftsthemen mit Anteilen zwischen 18 und 14 Prozent. Der 'Einfluss der EU in der Welt' und der 'Klimawandel' gehörten für 11 Prozent zu den beiden wichtigsten Problemen auf EU-Ebene, 'Kriminalität' nannte jeder Zehnte. Darauf folgten 'steigende Preise/Inflation/Lebenshaltungskosten', 'Umwelt', 'Energieversorgung', 'Renten' und schließlich 'Steuern' (siehe Tabelle unten).

Das Thema Einwanderung war im Frühjahr 2018 nicht nur EU-weit bei den meisten Befragten das wichtigste Problem, dem die EU gegenübersteht, sondern das Thema stand auch in 21 Mitgliedstaaten an der Spitze. Am weitesten verbreitet ist diese Auffassung unter den Befragten in Estland und Tschechien (62 und 58 Prozent) sowie in Ungarn, Malta und Dänemark (56, 55 und 54 Prozent). In 16 der 21 Staaten, bei denen 'Einwanderung' an erster Stelle stand, lag 'Terrorismus' auf Platz zwei der wichtigsten Probleme, denen die EU gegenübersteht (darunter auch Deutschland mit Anteilen von 42 bzw. 24 Prozent).

In allen sieben Staaten, in denen nicht das Thema Einwanderung am häufigsten genannt wurde, galt 'Terrorismus' als das wichtigste Problem auf EU-Ebene. In sechs dieser sieben EU-Staaten – Irland, Kroatien, Litauen, Rumänien, Spanien, Zypern – lag wiederum das Thema Einwanderung an zweiter Stelle (lediglich für die Befragten in Portugal war auf EU-Ebene die Lage der öffentlichen Finanzen problematischer als die Einwanderung).

Nahezu sieben von zehn EU-Bürgern befürworteten im Frühjahr 2018 eine gemeinsame europäische Einwanderungspolitik (68 Prozent), ein Viertel lehnte diese hingegen ab (7 Prozent antworteten mit 'weiß nicht'). In 26 der 28 Mitgliedstaaten unterstützte eine Mehrheit der Befragten eine gemeinsame europäische Einwanderungspolitik. Der Anteil der Befürworter war dabei in Deutschland (85 Prozent), Zypern (84 Prozent), Spanien und den Niederlanden (jeweils 82 Prozent) am größten. In Tschechien und Ungarn waren nur 41 bzw. 48 Prozent der Befragten für eine gemeinsame europäische Einwanderungspolitik (dagegen waren 54 bzw. 49 Prozent).

Weiter waren im Frühjahr 2018 in allen 28 Mitgliedstaaten der EU mindestens drei Viertel der Befragten der Ansicht, dass zusätzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der irregulären Einwanderung von Menschen von außerhalb der EU ergriffen werden sollten. Dabei war diese Auffassung in Griechenland, Ungarn (jeweils 95 Prozent) und Tschechien (94 Prozent) am weitesten verbreitet. In Schweden (75 Prozent), Frankreich (76 Prozent) und im Vereinigten Königreich (78 Prozent) war die Zustimmung – im Vergleich – weniger stark ausgeprägt.

Während für die Befragten EU-Bürger 'Einwanderung' und 'Terrorismus' klar die beiden wichtigsten Probleme sind, denen die EU derzeit gegenübersteht (38 und 29 Prozent), sind sie persönlich davon kaum betroffen (Frühjahr 2018: 6 und 3 Prozent). Auf der persönlichen Ebene werden 'steigende Preise/Inflation/Lebenshaltungskosten' sowie 'Gesundheit und soziale Sicherung' am häufigsten genannt (29 bzw. 18 Prozent).

Datenquelle

Europäische Kommission: Standard-Eurobarometer 89, Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Die europäische Bürgerschaft, Ansichten der Europäer zu den Prioritäten der Europäischen Union, Frühjahr 2018

Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen

Informationen zu **dringlichsten Problemen auf nationaler Ebene** finden Sie hier: <http://www.bpb.de/135832>

Das **Eurobarometer** ist eine in regelmäßigen Abständen von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene, öffentliche Meinungsumfrage in den Ländern der Europäischen Union. Dabei wird in allen Ländern eine repräsentative Stichprobe der Bevölkerung befragt.

Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) veröffentlicht.

Bundeszentrale für politische Bildung 2019 | [www.bpb.de](http://www.bpb.de)